Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 200. Montag den 19. Juli 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bibliothek der Handelskammer.

Wegen der durch den Umzug nach der Neuen Börse nothwendig gewordenen Hauptmusterung und Neuaufstellung der Bibliothek der Handelskammer sind alle ausgeliehenen Bücher bis spätestens

Sonnabend, den 31. Juli

an die Bibliothek zurückzugeben. Vom 1. bis 15. August werden keine Bücher ausgeliehen.

Leipzig, den 17. Juli 1886.

Kanzlei der Handelskammer.
Dr. Senfel, Secr.

Logisvermiethung.

In dem der Juristenfacultät in der Universität Leipzig gehörigen Grundstücke Petersstraße Nr. 36 ist im ersten Lichthofe links eine Mansardwohnung, bestehend aus Corridor, 2 Stuben, 2 Kammern, Küche, Keller- und Bodenraum, vom 1. October dieses Jahres an auf 3 Jahre und darnach einhalbjährige Aufkündigung an den Meistbietenden, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bietenden, zu vermiethen.

Reflectanten werden ersucht,

Montag, den 26. Juli d. J. Vormittags 11 Uhr,

im Universitäts-Rentamt, woselbst auch die Verpfleg[illegible]-Bedingungen einzusehen sind, zu erscheinen und ihre Gebote abzugeben.

Leipzig, am 17. Juli 1886.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Nichtamtlicher Theil.

Aus den Ostsee-Provinzen.

* Der bereits telegraphisch auch von uns mitgetheilte Wortlaut der Rede, welche der Großfürst Wladimir gelegentlich seiner Reise in den Ostsee-Provinzen an die Vertreter der Stadt und Universität Dorpat gerichtet hat, läßt nicht den geringsten Zweifel mehr übrig, daß mit der Russificirung des Deutschthums in den baltischen Küstenländern fortgefahren werden soll, weil diese Maßregel, wie der Großfürst Wladimir ausdrücklich und wohl auf höchste Weisung betonte, als ein Ausdruck des obersten kaiserlichen Willens des Selbstherrschers aller Reußen zu betrachten ist, gegen welchen alle Vorstellungen sofort verstummen müssen.

In den politischen Kreisen der deutschen Bevölkerung der Ostsee-Provinzen hat man sich auch niemals einer Illusion hinsichtlich der Bedeutung der Reise des Großfürsten Wladimir hingegeben, wiewohl einige zweifelhaft oder ungenau unterrichtete Blätter sich Mühe gaben, aus dieser Reise einen Umschwung zu Gunsten der Wünsche und Forderungen des baltischen Deutschthums gegenüber den Russificirungsmaßregeln herauslesen zu wollen.

Wer überdies Gelegenheit gehabt hat, die hochofficiösen Artikel über diese Reise in den Katkow'schen „Moskowskija Wjedomosti" zu lesen, der wird über die Worte des Großfürsten Wladimir kaum erstaunt gewesen sein, ja vielleicht sogar diese Kundgebung des kaiserlichen Willens erwartet haben. Bemerkenswerth ist noch, daß der Großfürst erst zu dieser schwerwiegenden Erklärung schritt, nachdem seine Reise bereits beendet war und also persönliche Eindrücke nicht mehr in Frage kamen. Dieser Umstand weist darauf hin, daß der Vertreter des Kaisers einen bestimmten Auftrag hatte, dessen er sich mit möglichster Schonung zu entledigen suchte, den er aber nicht abweisen konnte und vielleicht auch nicht wollte.

Was über den Verlauf der Reise selbst aus den Ostsee-Provinzen verlautet, scheint mehr für die erstere Annahme zu sprechen. Jedenfalls hat der Großfürst nicht den drohenden russisch-chauvinistischen Polterern angehängen, sondern sich bemüht, die deutsch-baltische Gesellschaft als eine solche zu behandeln, die menschlicher Rücksichten nicht unwerth ist. So herrscht auch über das freundliche, herablassende Benehmen des Großfürsten und seiner Gemahlin während der ganzen Dauer der Reise nur eine Stimme der Anerkennung.

Was nun nach dieser ernsten, für die deutsche Bevölkerung der Ostsee-Provinzen so verhängnißvollen Erklärung des Großfürsten zunächst geschehen wird, um das sogenannte Dorpater Programm zur Durchführung zu bringen, scheint noch nicht ganz klar zu sein. Gewiß ist nur, daß mit dem 1./13. Juli dieses Jahres der sogenannte Uebergangszustand im baltischen Justizwesen in Kraft getreten ist, der zwar die alte deutsche Gerichtsordnung noch bestehen läßt, ihr aber im Grunde jede sachliche Bedeutung nimmt, da die neu ernannten russischen Procuratoren das Recht haben, mit den Erkenntnissen der Gerichte nach Belieben umzuspringen, jeden ihnen Verdächtigscheinenden verhaften zu lassen, und umgekehrt, jede Verhaftung aufzuheben, die ihnen nicht als gerechtfertigt vorkommt.

Durch diese neue russische „Reform" gerathen besonders die Beamten der Landespolizei in eine sehr bedenkliche Lage, da sie wegen wirklicher oder vermeintlich irriger Auslegung eines Artikels des Strafgesetzbuches sofort angeklagt und, je nach Umständen, sogar zu Untersuchungshaft abgeführt werden können. Bisher konnte dies auf Grund des alten deutschen, privilegirten Gerichtsstandes nicht ohne Weiteres geschehen, nun ist aber diese Schranke gefallen, und die russischen Procuratoren werden eben einfach thun, was ihnen beliebt, weil sie im Lande selbst keinerlei Controle unterworfen sind. Die ohne Zweifel mit dieser „Reform" beabsichtigte Wirkung wird die sein, daß sich in den Ostsee-Provinzen Alles von dem bisherigen Ehrenamte der Landespolizei zurückziehen wird, wodurch nur der Einführung der russischen Polizei-Ordnung Platz gemacht werden kann. Wie es in den russisch-nationalen Kreisen heißt, soll diese Einführung auch schon im Herbst erfolgen, während die Vorbereitungen für die Gerichts-Reform, trotz allen Eifers, mit dem sie vom Justizminister Manassein betrieben wird, noch stark im Rückstande sind und deshalb ein Aufschub als wahrscheinlich gilt. Diese Rücksichtnahme auf das Mögliche und Ausführbare steht eigentlich im Widerspruche mit dem Sprachenukas vom 14./26. September des abgelaufenen Jahres. Es hat nun auch, wie man hört, keineswegs an Stimmen gefehlt, welche die sofortige „provisorische" Einführung des russischen Systems befürworteten. Das hätte wenigstens den Vorzug der Consequenz, zu dem man sich aber nicht recht entschließen zu wollen scheint. Wenn nun einmal die siebenhundertjährige deutsche Cultur der baltischen Provinzen vernichtet werden soll, dann scheint ein rascher, entscheidender Schritt der zaudernden, stückweisen Russificirungs-Methode gegenüber doch vorzuziehen zu sein.

Was schließlich den Eindruck der Rede des Großfürsten Wladimir in den Kreisen der national-russischen Bevölkerung Dorpats betrifft, so hat sie dort, nach der Abreise des Großfürsten, die chauvinistischen Kundgebungen geradezu auf die Spitze getrieben. Diese Wahrnehmung bezieht sich besonders auf die russischen Studenten an der Dorpater Universität, die seit jeher keine Gelegenheit vorübergehen ließen, um gegen ihre deutschen Commilitonen und Alles, was Deutsch heißt, in gehässigster Weise zu demonstriren. In früherer Zeit, so lange die russischen Studenten sich an der Universität noch in geringer Minderzahl befanden, war von einem solchen herausfordernden Benehmen derselben nichts zu bemerken, aber gegenwärtig, wo die Zahl der russischen Studirenden eine große ist, wird ihre nationale Anmaßung den Deutschen gegenüber immer unerträglicher. So ward die Rede des Großfürsten Wladimir von allen russischen Studenten Dorpats zum Anlaß der Veranstaltung eines großen Bankets genommen, bei welchem fanatische Toaste auf den Triumph des Russenthums über das Deutschthum ausgebracht wurden. Nach der Beendigung des Gelages trieben sich in später Nacht in den Straßen Dorpats betrunkene Studentenhaufen umher, die allerlei Unfug verübten und es besonders auf die deutschen Firmentafeln der Kaufs- und Geschäftsleute abgesehen hatten. Erstere wurden an vielen Stellen herabgerissen und wo dies nicht anging, durchstrich man mit Kreide die deutschen Aufschriften und setzte „Po russki" (Russisch!) darüber. Auch wurden russische Spottlieder gegen die Deutschen in den Straßen gesungen, ohne daß die Polizei dagegen eingeschritten wäre. Unter solchen Verhältnissen kann man sich leicht vorstellen, daß die Stimmung der Deutschen eine höchst düstere ist.

Leipzig, 19. Juli 1886.

* Neuerdings begegnet man in den Journalen wieder allerhand Lesarten über eine Zusammenkunft des Reichskanzlers Fürsten Bismarck mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen Grafen Kalnoky. Die „Post" glaubt dazu sagen zu können, daß der Stand dieser Angelegenheit jüngstens keine Veränderung erfahren hat. Als sicher gilt, daß die Begegnung der beiden Minister stattfinden wird, wahrscheinlich sogar in sehr naher Frist stattfinden wird, aber auf Tag und Stunde ist der Termin noch keineswegs fixirt.

* Domherr Kurowski, der im Jahre 1876 wegen Ausübung des Amtes eines geheimen päpstlichen Delegaten in der Erzdiöcese Gnesen-Posen seiner Stellung als Domherr bei der Kathedrale in Posen enthoben und zu einer zweijährigen Gefängnißstrafe verurtheilt wurde, die er in Koschin verbüßt hat, ist nach einer Meldung des „Kurjer Poznanski" auf Grund Allerhöchster Begnadigung in seine Stellung als Domherr wieder eingetreten.

* Zur politischen Lage in Bayern schreibt die Münchener „Allgemeine Zeitung":

Als der Culturkampf in der preußischen Monarchie in voller Heftigkeit tobte und in Folge dessen junge Geistliche und Studirende der Theologie massenhaft ihr Vaterland verließen, fand eine nicht geringe Anzahl derselben in Bayern ein gastliches Asyl. Die interessante Thatsache, daß diese „Märtyrer ihrer Ueberzeugung" in so großer Zahl gerade Bayern, das Land des „stillen Culturkampfes" aufsuchten, wo Herr v. Lutz der katholischen Kirche sein strenges Regiment fühlen läßt, sei nur nebenher erwähnt; es genügt zu constatiren, daß die Herren in bayerischen Seminarien, wie zu Eichstätt, Regensburg, Freising, ausgebildet, ausgeweiht und dann in der Seelsorge verwendet wurden, gerade so wie ihre bayerischen Collegen. Die Herren befanden sich wohl dabei, trotz des „katholikenfeindlichen" Ministeriums. Jetzt, da der zwischen Preußen und Rom schon vor längerer Zeit geschlossene Waffenstillstand sich in den definitiven Frieden zu verwandeln beginnt, ist die Mehrzahl dieser preußischen Geistlichen nach ihrer Heimath zurückberufen worden, und es drängt sich nun die Frage auf, wie die Herren, die ihnen in Bayern erwiesenen Wohlthaten vergelten, wie sie das ihnen so rückhaltlos gewährte Asylrecht gelohnt haben. Im Allgemeinen muß diese Frage im günstigen Sinne beantwortet werden. Die genannten Geistlichen kamen ihrem Berufe mit Pflichttreue nach, erwiesen sich sehr verwendbar in der Seelsorge und auf der Kanzel und trugen mit Geschick den besonderen Eigenthümlichkeiten des ihnen bisher fremden Volksstammes Rechnung. Obwohl sie in der Periode des Kampfes aufgewachsen waren und die Principien der Opposition gegen den Staat mit der Muttermilch einsogen, haben sie sich doch — mit wenigen Ausnahmen — in richtiger und tactvoller Erkenntniß ihrer Situation von specifisch bayerischen politischen Verhältnissen fern gehalten und sich auch nicht an der Bearbeitung und Verhetzung des Volkes durch die Presse betheiligt, wie dies eine Lieblingsbeschäftigung so vieler bayerischer Capläne ist. Vermögen wir nun den abziehenden preußischen Seelsorgern unsere Achtung zu zollen und unsere Anerkennung nachzurufen, so können wir andererseits das Gebahren der oben erwähnten Ausnahmen nicht genug brandmarken. Die Diöcese Bamberg besitzt einen solchen Herrn, der die Wohlthat des Asyls mit Undank lohnt, der es wagt, im fremden Lande das Volk gegen die Regierung aufzuhetzen, der es zuwege bringt, sogar seinem Oberhirten Opposition zu machen, so zwar, daß selbst preußische Geistliche für solches Treiben nicht genug Worte des Tadels finden können. Und der heutige Sterna, der sich sonst bei jeder Gelegenheit gegen „norddeutschen Einfluß" auf das Entschiedenste verwahrt, schenkt den Preßergüssen dieses Patrons seines Gehör und läßt sich von einem „Preußen" seine Politik machen! Und so kommt es, daß man dort einem „Deputirten" mehr glaubt als dem Papst und dem Regenten, daß man immer noch nicht zu ruhigem unbefangenen Urtheil gelangt ist, welches in diesen schweren Tagen so sehr nothwendig wäre und welches so lange sich nicht einstellen wird, als man sich nicht dem unheilvollen Einflusse eines Mannes zu entziehen vermag, der als hülfeflehender Geistlicher nach Bayern gekommen ist und sich dann als „Hetzverbrecher" niedergelassen hat.

* * *

* Die militairischen Vorbereitungen Rußlands in seinen Westprovinzen beschäftigen neuerdings die politischen wie die Börsenkreise. Da, wie der Telegraph meldete, auch Großfürst Wladimir bei seiner Anwesenheit in Dorpat auf die militairischen Zwecke seiner Reise hinwies, so hält es die „Post" für nicht unangebracht, nachstehende Mittheilungen über die militairischen Rüstungen Rußlands im Westen des Reichs wiederzugeben: In den baltischen Provinzen wird eine vorzugsweise strategischen Zwecken dienende Eisenbahn von Riga nach Pskow mit einer von Walk nach Dorpat führenden Zweigbahn begonnen. Die Arbeiten sollen möglichst beschleunigt werden und sind deshalb gleichzeitig von Pskow, Riga und Dorpat aus in Angriff genommen worden; man hofft, noch in diesem Jahre den Bahnkörper bis zum Beginne des Winters fertigzustellen, so daß im nächsten Jahre der Oberbau ausgeführt werden kann. Späterhin soll die neue Linie bis Bologoje im Kreise Porchow verlängert werden. Am 27. Februar d. J. ist die strategische Eisenbahn von Luninetz (Station der Bahn von Wilna nach Rowno) nach Gomel (Station der Bahn von Libau nach Romny) dem Betriebe übergeben worden. Die neue Linie ist 283 Werst lang und bildet einen Theil der Bahn durch das Sumpf- und Bruchland Polesie. Die vor einigen Jahren begonnene Befestigung von Dubno in Wolhynien ist, neuesten Nachrichten zufolge, nahezu vollendet und schon jetzt vertheidigungsfähig. Es ist damit in unmittelbarer Nähe der österreichischen Grenze ein starker Sperrpunct für die aus dem südlichen Rußland nach den Weichselprovinzen führende Verbindungslinie gewonnen. Auch der Bau der 50 Werst langen Militairstraße, welche diesen Platz mit Luzk verbindet, ist beendet. Neben diesen, für einen künftigen Krieg zu Lande ins Gewicht fallenden Veränderungen werden der „Post" auch — in Uebereinstimmung mit anderweit theilweise schon gemeldeten Fortschritten der russischen Marine — von einer militairischen Correspondenz folgende weitere Mittheilungen gemacht: „Die russische Flotte wird seit einiger Zeit mit Aufwand bedeutender Mittel verstärkt. Sechsundzwanzig Kriegsschiffe verschiedener Gattung werden im Laufe dieses Jahres für die baltische Flotte und die des Schwarzen Meeres fertig, darunter fünf Panzerschiffe („Katharina", „Sinope", „Tschesme", Kaiser Alexander II." und „Admiral Nachimow"), zwei Kanonenboote („Sewatsch" und „Bober") und einige Torpedoboote nach dem Modell des Schiffslieutenants Itjin. Die Werkstätte zu Obuchow ist sehr erweitert worden und liefert nunmehr auch Panzerplatten, doch sind für das Panzerschiff „Tschesme" noch zur Hälfte englische Platten verwendet worden. Dieses kürzlich vom Stapel gelassene Schiff wird mit Einschluß der Armirung 9 Millionen Rubel kosten und 7 schwere Panzergeschütze, 7 Torpedogeschütze und 9 Hotchkiß-Mitrailleusen führen. Die meisten neuen Schiffe und namentlich die schweren Schlachtschiffe treten zur Flotte des Schwarzen Meeres, auf deren rasche Verstärkung man besonders bedacht zu sein scheint. Auch für die untere Donau sind in Schweden zehn flachgehende Dampfer zu 140 Pferdekraft und dreißig große Barken bestellt worden, welche eine für die schwierigen Gewässer des Mündungsgebietes dieses Stromes leistungsfähige Transport-Flottille bilden werden."

* Zum Züricher Schlosserstreik bringt die „Neue Züricher Zeitung" außer der Mittheilung, daß die Zustimmungsadresse an die Regierung, wegen ihres Verhaltens, bisher 21,697 Unterschriften erhalten habe, einige recht interessante Auslassungen. Zunächst citirt sie, was das „Zofinger Tageblatt", ein demokratisches Organ, über die Betheiligung der Anarchisten an jenem Streik sagt:

„Daß im Schlosserstreik in Zürich Anarchisten die Hände im Spiele haben, zeigt wieder deutlich die letzte Schützenhausversammlung, wo zwei Anarchisten hintereinander aufgetreten sind und ihre Ansichten zum Besten gaben. Daß ehrliche Arbeiter solche Mordprediger unter sich nur einen Augenblick dulden, ist uns gänzlich unbegreiflich. Auch ist uns unbegreiflich, warum man nur die fremden Anarchisten angreift, die einheimischen aber in totaler Mißkennung der Redefreiheit ruhig gewähren läßt. Vergißt sich ein ruhiger Bürger im Gespräch einmal nur ein wenig gegenüber dem Andern, so kann ihn dieser sofort den Proceß machen. Dagegen darf Einer ungestraft seine Lehre vom Dynamitwerfen predigen und seine Sympathie zu seinen Mordthaten bekennen. In den Vereinigten Staaten hat man Anlaß über diese Leute auch gelacht und sie ungefährlich gehalten. Aber seitdem sich die Früchte dieser Sorglosigkeit so furchtbar zeigten, macht man dort kurzen Proceß."

So dieses demokratische (!) Organ. „Einer vom Lande" schreibt der „Neuen Züricher Zeitung" betreffs der Antheilnahme des „Bürgers Conzett", bekanntlich des Repräsentanten der städtischen Demokratie in Zürich:

„Wollen wir auf dem Lande das Unkraut lesen, so packen wir es mit der Wurzel. Getrauen sich unsere Behörden in Zürich nicht dasselbe zu thun? Darf Conzett noch lange seine Hetzpauken im alten Schützenhause losklopfen? Wäre es nicht besser, denselben wegen Aufwiegelei, Hetzerei ꝛc. einmal festzunehmen, als zuzuwarten, bis die Massen wieder verführt, verleitet, zu Excessen übergehen?"

Hieran anknüpfend, bemerkt die „Neue Züricher Zeitung" ihrerseits:

„Wir glauben auch, wie der Einsender, daß das Treiben des Bürgers Conzett gemeingefährlich ist, da es den Classenhaß schürt, die Arbeiter in steter Aufregung hält und sie zu Ausschreitungen reizt. Aber Bürger Conzett ist ein schlauer Fuchs, er läßt sich nicht so leicht packen; denn er versteht es meisterlich, in seinen Organen und in Volksversammlungen die Arbeiter gegen Gesetz und Behörden aufzuhetzen, aber nie mit solchen Worten, daß man ihn deren packen könnte. Eine formelle Gesetzesverletzung wird ihm schwerlich nachzuweisen sein. Er geht immer bis hart an die Grenze, nie darüber hinaus. Er weiß ja schon, daß seine Worte den gewünschten Eindruck machen, daß die Zuhörer den richtigen Sinn verstehen und den gesponnenen Faden weiter spinnen werden. Davon zeugen auch die auf Conzett folgenden Redner, die immer viel weiter gehen als er selbst und denen er dann, wenn ihm die Sache zu gefährlich scheint, wie es in der letzten Schützenhausversammlung geschah, das Wort zu entziehen pflegt. Bürger Conzett kann sich sogar darauf berufen, daß er schon abgemahnt und die Arbeiter zur Ruhe aufgefordert habe. Das hat er bei den letzten Ausschreitungen gethan, sei es, daß er vor den Folgen seines Auftretens Angst bekommen, als es Ernst galt, sei es, daß er glaubte, sein Abmahnen halte zwar die aufgeregten Leute nicht zurück, könne indeß doch zu seiner Vertheidigung in allen Fällen etwas nützen. Ob er sich, wie das von Leuten seines Schlages zu geschehen pflegt, ganz drücken wird, wenn die Arbeiter die Lehren, die sie von Conzett empfangen, in die That umsetzen wollen, das kann man ja nicht voraussagen. Aber Thatsache ist, daß er der Hauptapostel des socialrevolutionairen Geistes ist, der sich leider eines Theiles unserer schweizerischen Arbeiterbevölkerung bemächtigt hat, und daß der größte Theil der Verantwortlichkeit für alle bisherigen Ausschreitungen auf ihn zurückfällt."

Sollte es bei uns zu Lande — meint die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" — nicht auch Leute geben, welche die Rolle spielen, die in Zürich der „Bürger Conzett" übernommen hat?

* Ueber ein angeblich geplantes Attentat auf den König Humbert von Italien meldet der römische Correspondent der „Nationalzeitung" vom 14. Juli: „Durch Mailänder und durch römische Blätter wurde die Sensationsnachricht verbreitet, daß auf der Schloßwache zu Monza ein Unterofficier einen Selbstmord versucht habe, weil er von irgend einem republikanischen Verein, dessen Mitglied er war, den Auftrag erhalten hätte, den König zu ermorden, sich jedoch weigerte, die ihm aufgetragene Schandthat zu begehen und durch seinen Selbstmord der Rache des Vereines sich zu entziehen suchte. Es wird hinzugefügt, daß er in einem Briefe an den König die beabsichtigte Missethat bekannte, und daß der König diesen Brief der Staatsanwaltschaft in Mailand überschicken ließ. Die Verwundung des Unglücklichen soll eine so schwere sein, daß sie jeden Zweifel an seiner ernstlichen Absicht eines Selbstmordes ausschließe. Die officiöse Presse war sogleich mit einem Dementi bei der Hand. Da jedoch die Manier, auch bestbewiesene Thatsachen abzuleugnen, den officiösen Dementis allen Credit genommen hat, sieht man in dieser Ableugnung eine indirecte Bestätigung der sensationellen Nachricht. Auf alle Fälle sind weitere Aufklärungen abzuwarten." — Von anderer Seite wird über diesen Vorgang bis jetzt nichts gemeldet.

* Aus Brüssel, 16. Juli, schreibt man der „Vossischen Zeitung": Zwischen dem König und dem Ministerium ist es anläßlich der Schulfrage seit einigen Tagen zu argen Reibungen gekommen. Der König hatte vor einigen Monaten, um mit der Aufhebung „unnützer" Elementarschulen, die im Lande böses Blut machten, ein für alle Male abzuschließen, unter Zustimmung des Ministeriums, einen Gesammtbericht eingefordert und die darin geforderte Aufhebung von über 100 Schulen genehmigt. Jetzt unterbreitete ihm der Minister des Innern abermals 22 Erlasse, die Schulen aufheben sollten. Der König lehnte auf Grund der getroffenen Abmachung deren Unterzeichnung ab. Der Minister ermäßigte die Zahl auf acht, aber der König lehnte auch das entschieden ab, und dabei ist es bis jetzt geblieben. Die katholische Presse greift in Folge dessen den „König, der seine Stellung mißbraucht", wie die „Hol-Kamarilla" die den König bestärkt, auf das Schmählichste an. Das vom Deputirten Jacobs redigirte einflußreiche Antwerpener Journal „L'Escaut" erklärte heute in gewohnter Feinheit: „König Leopold sollte endlich begreifen, daß es seine erste Pflicht ist, den durch die Wahlen so klar ausgesprochenen Willen der Nation zu achten. Die Aufrechthaltung der constitutionellen Monarchie ist nur unter der Bedingung möglich, daß der König als der Erste die Rechte der Majoritäten achtet."

* Von der französischen Grenze, 15. Juli, wird der „Allgemeinen Zeitung" geschrieben:

Frankreich und Italien sind dahin übereingekommen, ihren beiderseitigen Botschaften einen „Marine-Attaché" beizugeben. General Menabrea, der Botschafter Italiens, hat bereits den italienischen Fregatten-Capitain Mirabello dem Präsidenten der Republik, sowie dem Marine- und dem Kriegsminister vorzustellen Veranlassung genommen. Die italienische Flotte ist bei einem eventuellen französisch-italienischen Kriege berufen, die schwere Aufgabe zu erfüllen, die langgestreckte und an vielen Stellen sehr zugängliche Küste des italienischen Festlandes, sowie die Inseln Sardinien und Sicilien vor französischen Landungs- und Zerstörungsunternehmungen zu schützen. Frankreich hat durch umfassende Anlagen bei Toulon und Marseille sich in die Lage gesetzt, in wenigen Tagen eine größere Anzahl von Divisionen für Expeditionszwecke einzuschiffen. Die gegenseitige Zusendung von Marine-Attachés entspricht einem von beiden Seiten schon lange gehegten Wunsche, da ja auch Italien in Folge seiner grobartigen Entwicklung auf dem Gebiete der Kriegsflotte und der zahlreichen Küstenbefestigungen der Franzosen viel zu — spannen giebt. Es ist doch ein eigenthümliches Ding, diese gegenseitige Beglaubigung officieller Recognoscirungsofficiere, als welche doch recht eigentlich die bei den Gesandtschaften angestellten Militair- und Marine-Attachés zu gelten haben. — Der Vice-Admiral Lafont, welcher bei den im Mai und Juni stattgehabten großen Torpedo-Versuchsmanövern bei Toulon das Panzergeschwader des Mittelmeeres commandirt hatte, und sein Gegner, der Contre-Admiral Brown de Colstoun, Commandant des Torpedo-Versuchsgeschwaders, sind nach Paris berufen worden, um auf Grund ihrer eingereichten Berichte und gemachten Erfahrungen mit dem Marineminister, Admiral Rude, über die im Torpedowesen vorzunehmenden Reformen und Neuerungen endgiltig zu berathen. Beide Admirale sollen auch direct in der Budgetcommission gehört werden, was darauf schließen läßt, daß für das Torpedo und Torpedo-Schutzwesen nicht unerhebliche Credite werden beansprucht werden. — Der Marineminister hat einen Contre-Admiral nach Corsica entsendet „zur Einrichtung der maritimen Vertheidigung dieser Insel." Diesem Admiral soll der Oberbefehl über alle an den corsischen Küsten bestehenden Marine-Einrichtungen und alles dort stationirte Flottenpersonal ertheilt, der bisherige „Marine-Commissär" aber seiner Stellung enthoben worden sein. — Die aus 33 Mitgliedern bestehende Commission des gesetzgebenden Körpers hat von dem neuen Armee-Reorganisationsentwurf die ersten Abschnitte bereits berathen und dabei den Paragraphen, welcher die dreijährige Dienstzeit (statt der bisherigen fünfjährigen) in der aktiven Armee einführt, angenommen. Eine längere Debatte knüpfte sich an die Abstimmung bezüglich des Wahlrechts der Soldaten. Nach dem gegenwärtig bestehenden Gesetz ist die Theilnahme an Wahlen allen „Militairs unter der Fahne, Officieren wie Soldaten" verboten. Ein ministerielles Rundschreiben hatte nichts desto weniger „Den auf einen Monat und darüber beurlaubten Militairs das Recht zuerkannt, mitzuwählen. Die vorige Kammer hat dagegen diese ministerielle Verfügung für nichtig erklärt. Das Boulanger'sche Reorganisationsgesetz, welches der gegenwärtigen Kammer zur Annahme vorliegt, schweigt über das Wahlrecht der Militairs gänzlich. Die Consequenz davon wäre, daß den Militairs das Wahlrecht vorenthalten sein würde. In der Commission ist die Frage daher auf eigene Initiative angeregt worden. Kein Commissionsmitglied hat für das Wahlrecht der Soldaten gestimmt, vier Mitglieder stimmten jedoch für das Wahlrecht der Officiere. Schließlich erklärte die Mehrheit sich für die Ausübung des Wahlrechts von Seiten beurlaubter Soldaten.

* Eine der Nutzanwendungen aus dem glänzenden Verlauf der Parade auf den Longchamps, welche man der öffentlichen Meinung Frankreichs mundgerecht zu machen sich bestrebt zeigt, ist die Ehrenrettung des Tonkin-Unternehmens. Sehr bemerkenswerthen Eifer nach dieser Richtung hin entwickeln namentlich die Opportunisten, die sich z. B. bekanntlich mit der Tonkinaffaire geradezu identificirten und sich heute noch nicht darüber beruhigen können, daß das Ministerium Ferry wesentlich an dieser Sache zu Grunde ging. Der begeisterte Empfang, dessen sich auf dem Paradefeld gerade die Tonkinveteranen seitens der Volksmenge zu erfreuen hatten, gilt den opportunistischen Preßorganen als vollwerthiger Beweis, daß es nur ein künstlich gemachter Unwille war, den die Feinde des Herrn Jules Ferry gegen das colonialpolitische System dieses Staatsmannes ins Feld führten. Das mag bis zu einem gewissen Grade zutreffen; allein den Acclamationen, die den Tonkinkämpfern am 14. Juli zu Theil wurden, lag doch auch eine erhebliche Dosis von Chauvinismus zu Grunde, der in den aus Tonkin heimgekehrten Truppen wohl weniger die Sieger über asiatische Gegner, als überhaupt die siegreichen Söhne Frankreichs feierte, die dereinst berufen sein könnten, ihre in Tonkin gepflückten Siegeslorbeeren auf anderen Schlachtfeldern zu vervollständigen. Indeß ist das ein Punct, über den die großen politischen Pariser Blätter, im Einklang mit der Meinung aller urtheilsfähigen Politiker, stillschweigend hinweggehen, um desto behaglicher bei dem, für das französische Ruhmbedürfniß und materielle handelspolitische Interesse schmeichelhaften Seiten der Tonkinangelegenheit zu verweilen. Von einer Abneigung der Bevölkerung gegen überseeische Actionen kann schon seit geraumer Zeit keine Rede mehr sein, im Gegentheil wächst ununterbrochen die

SLUB
Wir führen Wissen.